

Gibts den Einkommensfreibetrag auch bei Krankheit oder Unfall?

Eine erwerbstätige Person, die ergänzend zum Einkommen Sozialhilfe bezieht, erhält nur dann einen Einkommensfreibetrag, wenn sie tatsächlich arbeitet.

FRAGE

Herr H. wird mit seiner vierköpfigen Familie ergänzend zu seinem Lohn von der Sozialhilfe unterstützt. Aufgrund seiner Erwerbstätigkeit erhält er einen Einkommensfreibetrag (EFB). Dann erleidet Herr H. einen schweren Unfall, was zur Folge hat, dass er bis auf weiteres zu 100 Prozent arbeitsunfähig ist. Nach einem chirurgischen Eingriff steht fest, dass er noch eine Phase der Rehabilitation durchlaufen muss. Sein Lohn wird im Rahmen der obligatorischen Unfallversicherung weiterhin zu 80 Prozent entrichtet.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Hat Herr H. während der Phase seiner Arbeitsunfähigkeit weiterhin Anspruch auf einen EFB?
2. Wenn ja, unabhängig von der Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit?
3. Wenn nein, erhält Herr H. dann eine minimale Integrationszulage (MIZ)?
4. Welche Kriterien sind für die Gewährung eines EFB massgebend?

GRUNDLAGEN

Die SKOS-Richtlinien äussern sich zu diesen Fragen nicht konkret. In der Praxis hat sich aber die Haltung durchgesetzt, dass der EFB primär zum Umfang der Erwerbstätigkeit in Beziehung gesetzt wird.

Deshalb setzen die meisten Kantone den EFB in Abhängigkeit zum Beschäftigungsgrad fest.

Wenn die sozialhilfebeziehende Person Taggelder der Arbeitslosenversicherung erhält, wird in der Regel kein EFB ausgerichtet. Im Sinne einer Gleichbehandlung ist somit eine effektive Arbeitsleistung erforderlich, damit ein EFB gewährt werden kann. Ersatzeinkommen wie beispielsweise Kranken- und Unfalltaggelder oder Mutterschaftsentschädigung erfüllen diese Voraussetzung nicht.

Ausserdem sehen die Richtlinien die Einhaltung des Angemessenheitsprinzips vor (SKOS-Richtlinien A.4.2). Demnach sollen unterstützte Personen nicht besser gestellt werden als Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Häufig machen Ersatzeinkommen lediglich einen geringeren prozentualen Anteil des Erwerbseinkommens aus. Deshalb erleiden Personen, die krank sind oder einen Unfall erlitten haben, eine empfindliche Einkommenseinbusse. Dies trifft auch auf Arbeitslose zu. Aufgrund des Gleichbehandlungsgesetzes ist es somit verhältnismässig und ver-

tretbar, wenn Personen in der Zeitspanne, in der das Ersatzeinkommen ausgerichtet wird, keinen EFB erhalten.

Wenn die sozialhilfebeziehende Person aus objektiven und subjektiven Gründen nicht in der Lage ist, eine geforderte Gegenleistung zu erbringen, soll – gemäss SKOS-Richtlinien – eine minimale Integrationszulage (MIZ) ausgerichtet werden.

ANTWORT

1. Herr H. verliert während der Phase seiner Arbeitsunfähigkeit den Anspruch auf einen EFB.
2. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit spielt keine Rolle. Es wird aber empfohlen, den EFB erst ab einem Monat Arbeitsunfähigkeit zu streichen, damit kurze krankheitsbedingte Absenzen überbrückt werden können. Ausnahmen bleiben jedoch vorbehalten und sind dann sinnvoll, wenn die baldige Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit absehbar ist. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, bereits bei der Gewährung einer Anreizzulage auf die Bedingungen für deren Wegfall hinzuweisen.
3. Für den Fall, dass keine Gegenleistung erbracht werden kann, empfehlen die SKOS-Richtlinien die Gewährung einer MIZ.
4. Damit ein EFB ausgerichtet werden kann, muss eine Arbeitsleistung erbracht werden. Arbeitsfähigkeit ist somit vorausgesetzt. ■

Daniela Moro

Mitglied der Rete

(Arbeitsgruppe der Richtlinienkommission der SKOS)

PRAXIS

Die Rubrik «Praxis» beantwortet Fragen der Sozialhilfepraxis. SKOS-Mitglieder haben die Möglichkeit, konkrete Fragen an die SKOS-Line zu richten (www.skos.ch, einloggen ins Intranet, Rubrik «Beratung» wählen). Ihre Fragen werden von Fachpersonen beantwortet, und ausgewählte Beispiele werden in der ZESO publiziert.